

Die Bildungskatastrophe

naht nicht, wir sind schon mittendrin...

Andreas Tempel

Hier soll keinesfalls die Lage dramatisiert werden, aber angesichts **8000 fehlender Lehrkräfte** allein in NRW lässt sich die Situation nicht mehr schönreden.

Die uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler kämpfen mit den Spätfolgen der Pandemie auf unterschiedlichen Ebenen – fachlich und sozial. Gleichzeitig kämpfen Lehrerinnen und Lehrer für ‚ihre‘ Kinder und werden ständig mit neuen Aufgaben betraut, die nicht in diese Zeit passen.

Neue Fächer

Das betrifft zum Beispiel die Einführung und Umsetzung neuer Lehrpläne oder gar Fächer. Die Umsetzung der alten Lehrpläne ist schon nicht zu schaffen nach Corona. Es wird nicht entschlackt, es kommt Neues dazu. Schule wird wieder vom Gymnasium hergedacht. Weiter sind wir noch nicht gekommen. Neue Fächer werden für die Gesamtschulen eingeführt, z.B. das Fach Informatik – ohne dafür die ausgebildeten Lehrkräfte auch nur im Ansatz an Bord zu haben.

Und die Neuaufteilung des Faches WP Arbeitslehre/Technik mit dem verpflichtenden neuen Fach Wirtschaftswissenschaften wird nicht folgenlos bleiben: Auch hier stehen Lehrerinnen und Lehrer nicht Schlange, um dies zu unterrichten. Diese Neuaufteilung verhindert, dass bessere Abschlüsse erreicht werden können von Schülerinnen und Schülern, denen das Praktische mehr liegt. Sie werden einmal mehr zu Bildungsverlierern.

Lehrermangel

Die neueste, nicht unerwartete Baustelle ist die des Lehrkräftemangels. Gut ist die Nachricht aus dem MSB, dass das Problem nicht über Vorgriffstunden geregelt werden soll, gut ist auch, dass A13 für alle schrittweise umgesetzt werden soll. Die im Dezember vorgestellten Maßnahmen wirken allerdings nur schwach und nicht ausreichend. Hinweise zur konkreten Umsetzung sind bis jetzt an den Schulen nicht eingegangen. Die Wirksamkeit noch für dieses Schuljahr darf bezweifelt werden. Darüber hinaus scheint die Ge-

winnung von Alltagshelfern und Seiteneinsteigern angesichts des allgemeinen Mangels an Arbeitskräften nicht zielführend. Hohe juristische Hürden verhindern auch noch eine angemessene Vergütung. Als Beispiel sei genannt, dass eine Person, die ‚nur‘ ein Diplom als Abschluss vorlegen kann, das aber aus einem Zeitraum datiert, als es noch gar keinen Masterabschluss in Deutschland gab, trotzdem eine Gehaltsstufe niedriger als ein Seiteneinsteiger mit Masterabschluss eingestellt wird. Dass diese Person definitiv den höher gewichteten Masterabschluss zu dem Zeitpunkt in Deutschland nicht ablegen konnte, wird nicht berücksichtigt. Eine solche Regelung schreckt potenzielle Bewerber ab.

KMK-Empfehlungen

Die Stellungnahme der ständigen wissenschaftlichen Kommission der KMK, die ‚Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel‘, arbeitet mit unerwartet vielen unangenehmen Vorschlägen vor allem für die Lehrkräfte im Bestand. Da tauchen dann doch plötzlich Vorgriffstunden als Idee auf, wie die Beschränkung anlassloser Teilzeit und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für ältere Lehrkräfte. Diese Maßnahmen werden die Attraktivität des Lehrberufs nicht steigern.

Flexibilisierung durch Hybridunterricht, Erhöhung der Selbstlernzeiten sowie Anpassung der Klassenfrequenz stehen ebenfalls im Maßnahmenkatalog. Wie realitätsfern diese Maßnahmen sind, wird schnell deutlich. Hybridunterricht benötigt die entsprechende Technik sowie Lehrer und Schüler, die mit dieser Technik auch umgehen können. Selbstlernzeiten sowie gelingender Hybridunterricht funktionieren auch nur mit einer entsprechenden Schülerschaft. Zur Erhöhung der Klassenfrequenzen an Schulen des längeren gemeinsamen Lernens muss ich mich im Detail wohl nicht äußern – wie voll sollen die Klassen in unserem System denn noch werden? Und mit diesen noch größeren Klassen funktionieren Hybridunterricht und Selbstlernzeiten natürlich noch weniger.

Und eine der verpflichtenden Klassenarbeiten im 10. Jahrgang wegen der zentralen Prüfungen 10

zu streichen - wie aus dem ‚Handlungskonzept Unterrichtsversorgung‘ des MSB hervorgeht - ist ein netter Anfang. Weniger schriftliche Klassenarbeiten tun Not! Alternative Prüfungsformate sind bereits vorhanden, sie müssen erlaubt, ermöglicht – und Lehrerinnen und Lehrern nahegebracht werden. Damit wäre die Qualitätsdiskussion vom Tisch. Parallel ist die Entschlackung von Lehrplänen angezeigt. Weniger wäre mehr –

im Sinne des Lerngewinnes der Schülerinnen und Schüler, um wieder bei Gelingensbedingungen anzukommen! Wir werden die Entwicklungen weiter kritisch beobachten.

Quelle:



ISA I/2023, Seite 2-4

NRW-Sozialindex

Fortschritt im Schneckentempo

Werner Kerski

Unter dem Schlagwort „Ungleiches ungleich behandeln“ fordert die GGG NRW seit vielen Jahren die Einführung eines schülerscharfen Sozialindex für die Ressourcenzuweisung an Schulen. Ein Sozialindex löst sicher nicht alleine die Wirkung der sozialen Segregation durch das gegliederte Schulsystem, er kann aber die sozial benachteiligten Schüler*innen gezielt fördern und zu einer Verringerung von Chancengleichheit beitragen.

Schon in der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 wurde festgestellt:

„Während in Deutschland die Kopplung von sozialer Lage der Herkunftsfamilie und dem Kompetenzerwerb der nachwachsenden Generation ungewöhnlich straff ist, gelingt es in anderen Staaten ganz unterschiedlicher geographischer Lage und kultureller Tradition, trotz ähnlicher Sozialstruktur der Bevölkerung, die Auswirkungen der sozialen Herkunft zu begrenzen.“

Dieser Befund wurde in allen Nachfolgeuntersuchungen bestätigt und stets mit großer Betroffenheit der Politik wahrgenommen. In Großstädten verschärft die Konzentration benachteiligter Schüler*innen in bestimmten Stadtteilen die Situation. Im Ruhrgebiet stellt z. B. die A40 einen

sogenannten Sozialäquator dar. Hier haben wir in bestimmten Stadtteilen nördlich der A40 SGB II-Quoten zwischen 20% und 50 % der Erwachsenen. Die Konzentration der sozial benachteiligten Schüler erhöht sich noch einmal durch die ungleiche Verteilung auf die Schulen.

Personalausgaben für Schulen: NRW auf einem Abstiegsplatz

Insgesamt gibt NRW viel zu wenig Geld für die Bildung aus. Im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) werden die Personalausgaben der Bundesländer verglichen.

Jahr Bundesland	2005	2010	2015	2020	2021	2005 Steigerungsrate
Nordrhein-Westfalen	4600	5200	6000	7700	8300	+80%
Hamburg	5900	7100	8600	11500	11700	+98%
Deutschland	4900	6000	6900	8700	9200	+88%

Tabelle: Personalausgaben für öffentliche allgemeinbildende und berufliche Schulen je Schüler/in in Euro

NRW gibt für Personal mit 8300 € pro Schüler*in im Jahr 2021 im Bundesvergleich sehr wenig aus, nur Mecklenburg-Vorpommern mit 8200 € weniger. Um den Bundeswert von 9200 € zu erreichen, müsste der Personalansatz in NRW um 11% gesteigert werden.

Richtig ist, dass NRW seine Personalausgaben seit 2005 stetig gesteigert hat, worauf die jeweilige Landesregierung voller Stolz hinweist. Nur, die anderen Bundesländer steigern ihre Ausgaben auch!

NRW gibt nicht nur viel zu wenig aus, das Geld wird zudem im Wesentlichen per Gießkanne verteilt. Die Verlängerung der Schulzeit durch das Sitzenbleiben kostet sehr viel Geld. Die Unterfinanzierung der Grundschulen im Vergleich zur Sekundarstufe II wurde mehrfach kritisiert. Ein Sozialindex wird in NRW nur sehr zögerlich entwickelt.

Anders in Hamburg: Schon 1996 hat Hamburg einen schulbezogenen Sozialindex für alle Grundschulen und im Jahr 2000 für die weiterführenden Schulen eingeführt. Das Verfahren für die Berechnung des Sozialindex und die Personalausweisungen für die Schulen wurde in all den Jahren kontinuierlich weiterentwickelt.

Sozialindex in NRW – seit 2006 eine Geschichte der Ankündigungen

Erstmals im Jahr 2006 wurden in NRW 900 Stellen für einen „Sozialindex“ für Grundschulen in den Haushalt eingestellt. Wenige Jahre folgten die Hauptschulen mit 250 Stellen. Das Verteilungsverfahren war wenig objektiviert. Den Kreisen wurde ein Kreis-Sozialindex zugeordnet (Indikatoren: Arbeitslosenquote, Sozialhilfequote, Ausländeranteil und Anteil an Wohnungen in Einfamilienhäusern). Von den wenigen Stellen wurden 70% nach dem Kreis-Sozialindex verteilt. Die Verteilung auf die einzelne Schule erfolgte händisch, also ohne Datengrundlage, nach Wissen und Gefühl der Schulaufsicht.

Über die Einführung eines Sozialindex für alle Schulen gab es in den folgenden Jahren immer wieder folgenlose Absichtserklärungen. Im Koalitionsvertrag der ersten rotgrünen Landesregierung im Jahr 2010 heißt es:

„Dabei (bei der Verteilung der Stellen durch Demografiegewinn) werden wir auch die sozialräumlichen Gegebenheiten beachten und regionale Bündelungen ermöglichen. Die derzeitige Verteilung von Zuschlägen nach dem Sozialindex wollen wir auf Wirksamkeit und Effizienz hin wissenschaftlich auswerten und optimieren.“ Und auch im schulpolitischen Konsens vom 19.07.2011 wird ein Sozialindex gefordert und angekündigt.

„Ergänzend zur Grundstellenzuweisung sollen kriteriengeleitete Ansätze wie der Sozialindex, die Integrationsstellen und zukünftig ein Inklusionsindex ausgebaut und aktualisiert werden.“

(Quelle: Schulpolitischer Konsens vom 19.07.2011, S. 4. Passiert ist in NRW bis 2021 nichts.)

2021: Neues Modell für die Berechnung des Sozialindex

Erst im Jahr 2021 kam durch ein neues Modell Bewegung in die Diskussion. Das Schulministerium beauftragte Prof. Dr. Jörg Peter Schräpler, ein Verfahren zu Bestimmung des Sozialindex zu entwickeln. Dieser stellte das Verfahren am 18.01.2021 im Schulausschuss vor.

Der Index wird anhand von vier Indikatoren bestimmt:

Anteil der Schüler*innen mit

- nichtdeutscher Familiensprache
- eigenem Zuzug aus dem Ausland
- sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) und
- Dichte der SGB II-Quote der Minderjährigen im Schulumfeld

Während die ersten drei Indikatoren der Schulstatistik entnommen werden können, muss der Indikator SGBII-Quote in einem aufwändigen Verfahren geschätzt werden. Dabei ist die Zahl der Kinder aus armen Familien gemessen an der SGB II-Quote (Kinderarmutsquote) nach übereinstimmender wissenschaftlicher Meinung der wichtigste Indikator für einen Sozialindex. Deshalb ist es unverzichtbar, die Daten der konkreten Schülerschaft einer Schule schulscharf zu erheben. Die Daten des Schulumfelds sind in der Regel ein ungenaues Hilfskonstrukt. Wegen fehlender gesetzlicher Regelungen zum Datenschutz darf die Anzahl von Kindern einer Schule im SGBII-Bezug nicht erhoben werden. Es dürfen nicht einmal die Schuldaten (Wohnort) mit den SGBII-Daten der Arbeitsverwaltung abgeglichen werden. Darum werden die Daten für die Grundschulen aus den Arbeitsamtsdaten für den Einzugsbereich der Schule geschätzt. Da die Schuleinzugsgebiete für Grundschulen 2006 abgeschafft wurden, ist das Verfahren schon für die Grundschulen zu hinterfragen. Für weiterführende Schulen gibt es keine Schuleinzugsbereiche. Deshalb wird beim Übergang von der Grund-

schule in die weiterführenden Schulen der Index-Wert der Grundschule als Rucksack von jedem Kind mitgenommen. Die soziale Segregation kann so nicht berücksichtigt werden. Daraus folgt, dass sich die SGB II-Einordnung einer Gesamtschule und eines Gymnasiums, die Kinder aus den gleichen Grundschulen bekommen und das gleiche Schulumfeld haben, kaum unterscheiden kann.

Das Problem wäre zu beheben, wenn die SGB II-Quote einer Schule bekannt wäre und diese bei der Konstruktion des Sozialindexes berücksichtigt werden könnte. Warum das Land NRW nicht die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen schafft, ist nicht nachvollziehbar.

Aus den Werten der vier Indikatoren wird ein Indexwert zwischen 0 und 100 berechnet. Anschließend werden 9 gleichgroße Indexstufen gebildet, die Stufe 1 reicht vom Indexwert 0 bis 10, die Stufe 2 von 11 bis 21 und schließlich die Stufe 9 vom Indexwert 90 bis 100.

Die Verteilung der Gesamtschulen in NRW im Jahr 2020 ist in der Grafik dargestellt. Das Ergebnis überraschte. Das Bild erweckt den Eindruck, als seien die Schulen eher weniger belastet, denn nur 0,7% der Gesamtschulen finden sich in den Stufen 7 bis 9, welche die besonders hohen sozialen Belastungen der Schulen beschreiben.

Das entsprach nicht der Wahrnehmung der Gesamtschulen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen folgende Forderungen:

1. Verbesserung der Datengrundlage

Die Regelungen zum Datenschutz sollen so verändert werden, dass die Anzahl der Schüler*innen mit SGBII-Bezug einer Schule bestimmt werden kann.

2. Weiterführende Schulen

Alle Schüler*innen der weiterführenden Schulen wurden im Verfahren berücksichtigt, damit an den Gymnasien und an den Gesamtschulen auch die der SII. Einerseits werden die Ergebnisse dadurch nur begrenzt vergleichbar, da die anderen weiterführenden Schulen keine gymnasiale Oberstufe führen. Andererseits unterscheidet sich besonders an Gesamtschulen die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft zwischen der SI und der SII. Dadurch



ergab sich eine Indexverschiebung zu den besseren Stufen (1 bis 3).

3. Skalierung der Indexstufen

Am meisten kritisiert wurde die gleichmäßige Skalierung der Indexstufen. Welchen Sinn macht eine Indexstufe 9, die kaum besetzt ist und welches Bild wird dadurch in der politischen Diskussion erzeugt?

2023: Evaluation Sozialindex

Das MSB hat auf die Kritik aus den Schulen und auf Diskussionen u.a. mit der GGG NRW reagiert und das Verfahren verändert. Die letzten beiden Kritikpunkte wurden aufgenommen, die Kritik der Datengrundlage blieb unberücksichtigt.

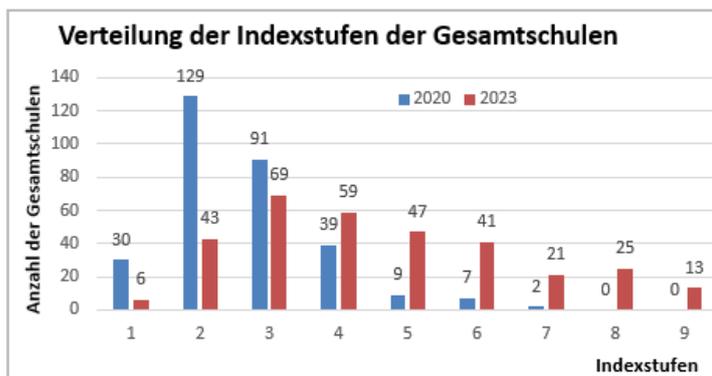
- Bei der neuen Berechnung wird die gymnasiale Oberstufe (SII) nicht mehr berücksichtigt. Es werden nur die Schüler*innen der Sekundarstufe I (SI) bewertet.
- Das MSB ist damit dem Vorschlag im Evaluationsbericht der Autoren Jörg-Peter Schräpler und Sebastian Jeworutzki gefolgt und verwendet jetzt ein modifiziertes Skalierungsverfahren (Hybridskala).

Die Entscheidung, die Schülerschaft der SII nicht zu berücksichtigen, bringt vor allem im Bereich der Indexstufen 4 bis 7 eine deutliche und vermutlich zutreffendere Verschiebung der Zuordnung der Gesamtschulen. Dieser Effekt fällt bei den Gymnasien wegen der schon in der SI ausgelesenen Schülerschaft erwartungsgemäß deutlich geringer aus.

Das MSB ist auch dem Vorschlag der Autoren gefolgt, die Einteilung der Sozialindexstufen zu verändern. Sie schlugen deshalb vor, 5% der Schulen mit den größten Werten zur Indexstufe 9

zusammenzufassen. Abstufungen nach unten erfolgen linear. Die Hybridskala führte dazu, dass die höheren Sozialindexstufen besetzt und damit die Schulen mit einem hohen Unterstützungsbedarf besser zu identifizieren sind.

Das Ergebnis beider Neueinteilungen ist in der folgenden Grafik für die Gesamtschulen dargestellt.



Vergleich Index 2019 – Index 2023

Ob der neue Index auf mehr Akzeptanz trifft und die Situation der Schulen besser abbildet, lässt sich nur konkret für die einzelnen Schulen klären.

Auch wenn der neue Index plausibler erscheint, bleibt das Problem der Datengrundlage für den Indikator SGBII-Bezug. Dieser unbestritten wichtigste Indikator muss geschätzt werden, obwohl die Daten in den Kommunen vorliegen. Die GGG NRW fordert weiterhin, die rechtliche Grundlage zu schaffen, die SGBII-Quote schulscharf zu erheben.

Ressourcen

Ein Ziel des neuen Sozialindex ist es, „steuerungsrelevantes Wissen über einzelne Schulen bereit [zu] stellen, welches vom Land NRW für eine bedarfsorientierte Ressourcenzuteilung genutzt werden kann. Er soll damit chancenausgleichend wirken, indem Schulen, an denen die Schülerinnen und Schüler mehr Unterstützung benötigen, mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden“ (Schräpler & Jeworutzki, 2021, S.2).

Entscheidend wird es sein, ob die Index-Einordnung auch Konsequenzen für die Zuteilung von Stellen haben wird. Den Schulen hilft es wenig, wenn sie sich realistisch eingeordnet fühlen, aber keine Hilfe durch zusätzliche Stellen er-

halten. Dass diese Stellen nur helfen, wenn sie auch besetzt werden können, ist offensichtlich. Zweierlei ist in NRW zu konstatieren:

Es gibt zu wenige Stellen

Seit dem Haushaltsjahr 2022 werden im Haushalt des Schulministeriums Mittel nach dem Sozialindex verteilt. Allerdings gibt es bis heute dazu keine eigene Haushaltsstelle, sondern sie sind unter dem Titel „Stellen gegen den Unterrichtsausfall, für Vertretungs- und Förderausgaben“ subsummiert. Für 2024 sind dort insgesamt 4250 Stellen eingeplant, davon sind 359 Stellen explizit als Unterstützung der Schulen mit einem Index von 6 bis 9 vorgesehen. 2023 waren es 350 Stellen und 353 in 2022. Die übrigen 3891 Stellen werden teils unter Beachtung des Sozialindex an die Schule verteilt.

Die unübersichtliche Darstellung im Haushalt und vor allem der geringe Umfang machen deutlich, wie wenig Gewicht die Landesregierung auf die Entwicklung des Sozialindex legt.

Die Stadt Hamburg unterstützt Schulen in der höchsten Sozialindexstufe mit 50% zusätzlichen Stellen, wie der Senator für Schule, Tis Rabe, erläutert hat. Hamburg ist damit nachweislich sehr erfolgreich. Darin spiegelt sich, dass das Land Hamburg insgesamt deutlich mehr Geld für das Personal in Schulen ausgibt. Der Satz beträgt in Hamburg 11.700 € pro Schüler*in gegenüber 8.300 € in NRW. Daran sollte sich das Land NRW ein Beispiel nehmen und nicht immer nur prüfen. Bis heute warten die Schulen auf eine bedarfsgerechte Zuweisung an Stellen.

Das aktuelle Einstellungsverfahren behindert Besetzung gerade an Schulen im Brennpunkt

Stellen unterrichten nicht, es fehlt an gut qualifizierten Personen in den Schulen. Es ist zu beobachten, dass besonders Brennpunktschulen Stellen nicht besetzen können. Gerade diese Schulen brauchen gut ausgebildete Kräfte, wenn sie den Herausforderungen gewachsen sein sollen. Angesichts des Lehrermangels muss das Land steuern, es hat die Verantwortung für die Zuweisung von Lehrkräften für alle Schulen, ganz besonders den Schulen in belastetem sozialen Umfeld. Eine Umverteilung von Stellen zu Gunsten von sozial belasteten hat Folgen für die sozial besser gestellten Schulen. Diesen Konflikt scheut das MSW durch Nichtstun.

Fazit

Die GGG wartet immer noch auf

- die Verbesserung der Datengrundlage für die Einordnung in die Stufen des Sozialindex,
- einen Plan der Landesregierung für die Zuweisung von hinreichend Stellen für sozial belastete Schulen und
- ein Einstellungsverfahren, das den Brennpunktschulen eine Chance gibt, die zugewiesenen Stellen auch zu besetzen.

Dieser Text ist ein Zusammenschnitt von mehreren Beiträgen zum Thema Sozialindex, die in der ISA erschienen sind.

Quellen:.....

Behrend Heeren, Ressourcensteuerung im Bildungsbereich durch einen schulscharfen Sozialindex verbessern – ISA 2014-1

<https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/73-nrw-zeitschrift-isa?download=928>

Werner Kerski, Ungleiches ungleich behandeln – ISA 2015-2
<https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/73-nrw-zeitschrift-isa?download=934>

Werner Kerski, Chancengleichheit – ein Thema nur für Sonntagsreden!? – ISA 2018-1
<https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=780>

Rainer Dahlhaus / Werner Kerski, Schulscharfer Sozialindex zur Steuerung der Ressourcen an den Schulen in NRW. Das MSB-Konzept 2020 – ISA 2021-1
<https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=1535>

Werner Kerski, Sozialindex 2023 Ressourcensteuerung für NRW-Schulen ungerecht – ISA 2023-1
<https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=2114>

Werner Kerski, Evaluation Sozialindex – ISA 2023-4
<https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=2298>

Die Notwendigkeit des Bildungsprotestes

Forderungen der Schüler*innen in der Stadt Tönisvorst

Hannah Seegers

Schülersprecherin an der Rupert-Neudeck-Gesamtschule, engagiert sich gemeinsam mit „ihrer“ Schule für eine Wende in der Bildungspolitik. Am bundesweiten Protesttag für bessere Schulen und Kitas hält sie auf der Kundgebung in Tönisvorst eine beeindruckende Rede vor mehreren hundert Teilnehmenden.

*„Hier erläutere ich stellvertretend für alle Schüler*innen und Schüler die Notwendigkeit des Bildungsprotestes“.*

Lehrermangel

Es ist offensichtlich, dass unsere Schule mit zahlreichen Problemen, Missständen und schwierigen Herausforderungen konfrontiert ist, wie z.B. dem großen Lehrermangel. Wir haben zwar eine

Menge guter Lehrer und Lehrerinnen an unserer Schule, jedoch sind es immer noch nicht genug, sodass wir sehr viele Unterrichtsausfälle haben. Problematisch wird dieses vor allem in den höheren Jahrgängen, wenn man sich intensiv auf seine Abschlüsse oder gar das Abitur vorbereiten möchte und es ständig Ausfälle aufgrund des großen Lehrermangels gibt. Der viele Unterrichtsausfall an unserer Schule stellt uns vor ein großes Problem, da wir Schüler kaum Zeit haben den Unterrichtsstoff vermittelt zu bekommen und so viel zu viel zu Hause allein erarbeiten müssen.

Klassenstärke

Wir sitzen im Schnitt täglich mit weit über 30 Schülern in einem viel zu kleinen Klassenraum. Kleinere Lerngruppen würden uns Schülern in unseren Einzelleistungen steigern, optimal unterstützen und auch die Unruhe würde abnehmen.

Einzelne Schüler würden gesehen und nicht einfach in der breiten Masse untergehen. Eine mögliche Lösung wäre die Fünfüzigkeit ab der 5. Klasse, aber dafür ist unsere Schule leider zu klein. Stattdessen starten wir mit viel zu vielen Schülern in der 5. Klasse, um dann spätestens nach der 7. Klasse, wenn die Klassen noch größer geworden sind, doch getrennt zu werden. Wir müssen uns dann wieder komplett neu orientieren und wieder eine neue Klassengemeinschaft bilden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass es an der Zeit ist, an einem besseren Schulsystem zu arbeiten, das uns Schülern die Werkzeuge und das Wissen bietet, das wir benötigen, um erfolgreich in der Welt von morgen zu sein. Denn eine starke Bildung ist der Grundstein für unsere erfolgreiche Zukunft.

Forderungen

Es ist an der Zeit unsere Bildung an oberste Stelle zu setzen. Denn eine gut ausgebildete Jugend formt die Zukunft unserer Gemeinschaft und letztlich unserer Nation.

- Wir alle müssen zusammenarbeiten, um die Schulsituation zu verbessern und die genannten Missstände anzugehen.
- Wir wollen eine Bildungswende, die uns Schülerinnen und Schülern eine bessere Bildung ermöglicht.
- Wir wollen ein Bildungssystem, das uns auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet und uns die Ideen gibt, um erfolgreich zu sein.
- Wir wollen eine gerechtere Gesellschaft, in der Bildung für alle zugänglich und gleichermaßen wertgeschätzt wird.

Die RNG steht auf!



#bildungswende #bildungstesttag2023



4 Forderungen für ein gerechtes und inklusives Bildungssystem, das auf die Zukunft vorbereitet!

1. SONDERVERMÖGEN Bildung und ausreichende Finanzierung
2. AUSBILDUNGSOFFENSIVE für Lehrer*innen und Erzieher*innen
3. Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV machen
4. Echter BILDUNGSGIPFEL auf Augenhöhe

Quelle:



ISA IV/2023, Seite 4-5

Samstag 23.9.2023
12.00 Uhr Demonstration
 ab Schulzentrum Corneliusfeld
 anschl. Kundgebung auf dem Rathausplatz

Unterstützen Sie uns – stehen auch Sie auf für bessere Bildung!

Veranstalter: Schulpflegschaft Rupert-Neudeck-Gesamtschule c/o Corneliusstr. 35 47495 Tönisvorst

Ungleiches ungleich behandeln

Wider die „Bildungsapartheid“ in NRW

Die Schulen in NRW in prekären Lagen formieren sich derzeit unter dem Namen **SCHULE³**.

Sie fordern ein sofortiges Umsteuern in wichtigen schulpolitischen Bereichen als notwendige Voraussetzung dafür, weiter erfolgreich arbeiten zu können und ein Scheitern dieser hoch motivierten Schulen zu verhindern.

Wodurch sich der Verbund SCHULE³ auszeichnet

- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ begleiten überwiegend Kinder, die in bildungsfernen und/oder prekären Verhältnissen groß werden und sind somit Teil einer Segregation, die die Bildungsungerechtigkeit verschärft.
- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ repräsentieren schon jetzt ca. 25.000 Schüler*innen in NRW und damit potentiell einen nicht zu gering einzuschätzenden Anteil an Wähler*innen (Eltern, Angehörige und Lehrer*innen) in NRW.
- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ zeichnen sich durch vielfache Herausforderungen (Inklusion, Integration, Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund und von abgeschulten Schüler*innen aus Gymnasien und Realschulen, ...) aus.

Kernanliegen der Initiative

Ungleiches ungleich zu behandeln

Mit dieser Forderung ist die Erwartung an eine entsprechende Steuerung durch das Ministerium für Schule und Bildung und dessen nachgeordnete Behörden verbunden - umgehend: ab 2020!

Forderungen der Initiative

Kurz zusammengefasst hier nur einige Kennzeichen der Initiative und die damit einhergehenden Forderungen:

- Die Einzelschulen aus dem Verbund Schule³ sind kaum noch in der Lage, auf dem angespannten Arbeitsmarkt qualifizierte Lehrer*innen zu gewinnen und fordern eine Steuerung durch das Ministerium für Schule und Bildung (Personalsteuerung, Zulagen,

Arbeit in den entsprechenden Schulen als Voraussetzung für Beförderungen, weniger Pflichtstunden).

- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ fordern eine größere pädagogische Freiheit im Rahmen ihrer Arbeit (fächerverbindendes Arbeiten, Ressourcenzuweisung für außerschulische Lernorte, alternative Wege in der Leistungsbeurteilung, größere Flexibilität in der Stundentafel).
- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ fordern Unterstützung der Kommunen mit Stadtteilen „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ die oft durch Armut geprägten sind bei der Bewirtschaftung des Schulraumes und der Priorisierung dieser Schulen bei der Mittelvergabe.

Seit dem Schuljahr 2019/2020 führen die Schulen aus dem Verbund Schule³ monatliche, öffentlichkeitswirksame Aktionen durch, um auf ihre Situation hinzuweisen. Hierdurch soll der Druck auf sofortige, notwendige, politisch wirksame Entscheidungen erhöht werden.

Mehr Information zu Schule³ sind auf der Website der GGG zu finden.

► **Kontakt:** kontakt.nrw@ggg-web.de



Quelle:.....



<https://www.ggg-web.de/nw-themen/nw-schule-hoch-3>

Vom Reichtum einer „armen Schule“ und ihrem Engagement

Martina Zilla Seifert

Die Sekundarschule Rheinhausen veranstaltet einen Smart Mob „Wir sind Zukunft“ in der Duisburger Innenstadt.

Öffentlich den Finger in die bildungspolitische Wunde zu legen, ist für die Sekundarschule Rheinhausen aus ihrem pädagogischen Selbstverständnis heraus konsequent. Hier berichtet die damalige (Anm. d. Redaktion) Schulleiterin aber auch von dem Mut, den es braucht, Missstände an der eigenen Schule öffentlich zuzugeben.

Als ich darum gebeten wurde, erneut einen Artikel für die Zeitschrift der GGG zu verfassen, sah ich mich mit einem grundlegenden Dilemma konfrontiert, das die Schule im Rahmen ihres Engagements in dem Bündnis Schule³ begleitet und mit folgender Fragestellung umschrieben werden kann:

Die Frage

Wie lassen sich die Forderungen, die überaus präzise, einleuchtend und gesellschaftlich von großer Relevanz durch das Bündnis Schule³ formuliert wurden, durch unsere Schule so in die Öffentlichkeit transportieren, dass die Schule in ihrem Wert mit ihren Schätzen und Reichtümern wahrgenommen und nicht mit Etikettierungen wie „Problemschule“, Schule mit herausfordernder Problemstellung etc. negativ konnotiert wird?

Smart Mob

Diese Fragestellung hat uns auch in Vorbereitung unserer Aktion am 25.11.2019 in der Duisburger Innenstadt beschäftigt. An diesem Tag führten wir in einem Einkaufszentrum der Innenstadt einen Smart Mob „Wir sind Zukunft“ durch, der die Forderungen der SchülerInnen, die in vielen Fällen deckungsgleich mit den Forderungen des Bündnisses Schule³ sind, formulierte.

Folgende Forderungen stellten sie auf:

- ausreichend viele LehrerInnen, die nicht nur Stoff unterrichten sondern Zeit für uns haben

- eine Schule zum Wohlfühlen
- eine Schule, die uns zum Denken herausfordert
- viel Musik-, Sport- und Schwimmunterricht
- gesundes Essen
- open saturdays

Schaut man sich die Forderungen genau an, dann liegt der Reichtum der Schule in unserer wunderbaren SchülerInnenenschaft. Diese jungen Menschen haben alle Talente – sie sind reich; - unendlich kreativ und vor allem sind sie widerständig. Wir Erwachsenen in der Schule wissen, dass diese Widerständigkeit eine gesunde Reaktion auf schwierige Bedingungen ist, in denen die SchülerInnen leben. Vielfach kommen die SchülerInnen aus Armut und wir scheuen uns mittlerweile auch nicht mehr, dies genauso zu benennen. Die SchülerInnen wissen um die Bedingungen ihres Lebens und sie lernen an der Schule, gesellschaftliche Realität zu verstehen und gemeinsam Handlungsoptionen zu entwickeln. Sie lernen also, wie in einer demokratischen Gesellschaft gehandelt werden muss, wie man kooperieren muss, wie sich Ambiguitätstoleranz anfühlt, wie die Empathie dem/der Anderen gegenüber, der Schlüssel für Fortschritt sein kann. Eine Hauptaufgabe der Schule liegt also darin, einen Unterricht zu gestalten, der eine Verbindung von Inhalten und deren Bedeutsamkeit vor dem Hintergrund gesellschaftlich wichtiger Fragestellungen für die SchülerInnen gestaltet.

Hier stoßen wir auf strukturelle Grenzen aufgrund der derzeitigen Ausrichtung bildungspolitischer Entscheidungen. Dadurch, dass an der Schule 50 % KollegInnen im Seiteneinstieg beschäftigt sind, ergeben sich hier Probleme, die weder die SchülerInnen, noch die LehrerInnen zu verantworten haben. Obwohl KollegInnen aus dem Seiteneinstieg in vielerlei Hinsicht als „reich“ zu bezeichnen sind, weil sie vielfältige außerschulische Erfahrungen mitbringen, die das Gefüge von Schule in sehr positiver Hinsicht „durcheinanderütteln“ und uns herausfordern, konzeptionell über „den Tellerand“ hinaus zu denken und zu handeln, verfügen sie nur sehr eingeschränkt über das „Hand-



▶ Video Smart Mob:
smart-mob.g3link.de



Fotos: Blade-Fotografie.de

werkzeug“, das die Professionalität der guten Lehrerin/des guten Lehrers ausmacht. Sicherheit und Kreativität sind in diesem Beruf vielfach Ergebnis einer guten wissenschaftlichen Ausbildung, die im besten Fall alle Bedingungen, die für das Lernen konstitutiv sind, in den Blick nimmt. Dann braucht es vor allem für die Kreativität im Unterricht – hier ist vor allem die Vernetzung der Inhalte unter den oben aufgeworfenen Fragestellungen von großer Bedeutung – viel Erfahrung. Diese Bedingungen sind an der Schule nur sehr eingeschränkt vorhanden. Unsere SchülerInnen haben aber keine Zeit zu verlieren und müssen von den besten LehrerInnen unterrichtet werden, denen es schnell gelingt, die SchülerInnen zu stärken und die durch die Lebensumstände der SchülerInnen entstandenen Lücken durch einen anspruchsvollen und anregenden Unterricht zu schließen. Und so mussten wir uns viele Gedanken² dazu machen, wie wir unter diesen Bedingungen eine Schule aufbauen, die im Schuljahr 2019 immerhin unter die TOP 50 Schulen beim Deutschen Schulpreis und den Einzug unter die TOP 20 der geförderten Schulen nur knapp verpasste. Uns ist also vieles gelungen, und die Testate, die uns erreichen³ machen uns Mut und geben eine gute Rückmeldung.

Dennoch ist es an der Zeit, mit den Forderungen, wie sie von unseren SchülerInnen und durch das Bündnis Schule³ aufgestellt werden, in die Öffentlichkeit zu gehen. Und dabei geht es nicht nur um die Betonung der Situation prekärer Schulen. Vielmehr geht es darum, dass Schule³ das Augenmerk auf eine sich zuspitzende bildungspolitische Katastrophe lenkt, die das gesamte Schulsystem erfasst.⁴ Die in dem Bündnis zusammengeschlossenen Schulen sind insofern nur kluge und empfindliche Seismografen.

Zur Verdeutlichung ein kleiner Exkurs:

Als ich im Frühherbst als Sachverständige im Düsseldorfer Landtag zur Auseinandersetzung mit dem formulierten Antrag der SPD Fraktion „Schatzsucher“ Schulen⁵ geladen war und dort das Papier von Schule³ vorstellte, schilderte der Vertreter des Philologen Verbandes auf meine

Forderung „Ungleiches ungleich behandeln“ sehr eindringlich die Situation der Gymnasien im Lande und die immer mehr zunehmenden Probleme, vor die die Schulen gestellt seien, die sich vor allem darin zeigten, dass die „Probleme“ mit den SchülerInnen zunähmen. Diese Diskussion bestärkte mich in der Einschätzung, dass die Forderungen von Schule³ für alle Schulen wichtig sind. Es geht also nicht nur um die „armen“ Schulen – es geht um die generelle Ausrichtung von Schule – also gewissermaßen um den Umbau des Schulsystems hin zu einer Schule für alle Kinder mit veränderten curricularen Bestimmungen⁶ und einer grundlegend anderen Bemessung und Bewertung der LehrerInnenarbeitszeit. In diesem Kontext ist auch die wichtige Forderung des Bündnisses Schule³ nach pädagogischer Freiheit zu sehen.

Die Antwort

Wenn ich so auf den Smart Mob der Schule zurückblicke, die eingangs aufgeworfene Frage und die damit entstandenen Forderungen der SchülerInnen betrachte, bin ich stolz darauf, dass es uns gelungen ist, den visionären Kontext des Bündnisses in die Öffentlichkeit zu tragen und die Stärke der Forderungen für alle Schulen in NRW zu betonen.

Dass wir derzeit nicht wie alle anderen Schulen in NRW behandelt werden, wird von uns auch in den weiter folgenden Aktionen immer wieder betont werden und hier bleibt die Forderungen nach sofortiger Umsteuerung z.B. bei der Personalbesetzung, die vor allem für unsere Schule überaus wichtig ist.⁷ Es bleibt dabei: „Man ist nicht realistisch, indem man keine Idee hat!“⁸

Quelle:



ISA I/2020, Seite 8-12